

Historisch-politische Kontexte: Spenden und bürgerschaftliches Engagement - Aspekte einer politischen Kontextualisierung

Zwischen dem 6. und dem 4. Jahrhundert v. Chr. fand, so die These der Religionswissenschaftlerin Karen Armstrong, eine „Große Transformation“ von weltgeschichtlichem Ausmaß statt (Armstrong 2006). Menschen erweiterten ihr prosoziales Verhalten um die Dimension von Adressaten außerhalb ihrer familiären Bindungen – und dies weltweit, theoretisch begründet durch Sokrates, Jeremia, Buddha und Konfuzius. Die Autorin behauptet nicht, dieser Paradigmenwechsel habe in einer Kultur begonnen und sei von den anderen übernommen worden oder sei abgestimmt von statten gegangen. Sie weist lediglich auf das erstaunliche Phänomen hin, dass seit dieser Zeit freiwilliges prosoziales Verhalten Einzelner zugunsten Fremder in allen untersuchten Kulturen normativ eingefordert wird und empirisch nachweisbar erscheint. (...)

Hier soll es im Folgenden um die politischen Kontexte gehen, in denen Menschen oder auch Unternehmen spenden. Das Spenden, so die Ausgangsthese, ist als Option prosozialen Verhaltens aus der Wirklichkeit der modernen Gesellschaft ebenso wenig wegzudenken, wie es aus der vormoderner Gesellschaften hätte weggedacht werden können – unabhängig von der allgemeinen Verfassung der Gesellschaft, vom Wohlstand ihrer Mitglieder und der Verbindlichkeit ihrer normativen Konzepte. Schon deshalb wohnt ihr im Sinne umfassender Ordnungsvorstellungen eine politische Dimension inne. Insofern kann es weniger darum gehen zu fragen, ob eine Gesellschaft ohne Schenken oder Spenden denkbar oder normativ vorzuziehen wäre, sondern eher darum zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen sich die Option des Spendens im Rahmen einer offenen Gesellschaft optimal entfalten und wie sie optimale Wirkungen zeitigen kann.

Die öffentliche Diskussion

Die Wirkung des Spendens ist in der Tat historisch gesehen keineswegs immer positiv gesehen worden. Im 8. Jahrhundert gehörte zu den gegen die Kirche vorgebrachten Argumenten insbesondere der französischen philosophes, dass das Sammeln von freiwilligen Zuwendungen und deren Verteilung an Bedürftige zu Faulheit und Müßiggang (sowohl der Sammler als auch der Destinatäre) verführe und daher besser verboten werden sollte (Beales 2003: 236). Heute ist der Wert des Spendens im Grundsatz unstrittig, während seine Einbindung in prosoziales Verhalten als Teil bürgerschaftlichen Engagements und die Verteilung des Aufkommens im Sinne eines Beitrags zu strukturellen Veränderungen definiert worden ist.

Im Kontext des modernen bürgerschaftlichen Engagements wird das Spenden von Geld mit dem Spenden von Zeit, Empathie, Reputation und Kreativität, ja sogar von eigenen Organen als ein Ausdruck prosozialen Verhaltens eingeordnet. Was hiervon umfasst wird, ist beispielsweise von der Enquete-Kommission des Bundestags ‚Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements‘ intensiv erarbeitet worden und unterliegt kaum einer Kontroverse (Enquete-Kommission 2002). Der Begriff ‚Bürgerschaftliches Engagement‘ hat einerseits die Nachfolge des Begriffs ‚Ehrenamt‘ angetreten, der von vielen „ehrenamtlich“ Engagierten als anachronistisch empfunden wurde. Er ist offenkundig umfassender als der Begriff der Freiwilligenarbeit und weniger normativ aufgeladen als andere wie Philanthropie, Solidarität usw. und bringt daher andererseits das Spenden und Stiften (von Vermögenswerten) in einen sinnvollen Bezug zu anderen Ausdrucksformen. Wer der Gesellschaft Zeit oder Ideen oder Empathie oder Vermögenswerte oder sein persönliches Ansehen schenkt, ist, so lässt sich sagen, bürgerschaftlich engagiert.

(...) „Wie und mit wem kann es neben allen staatlichen Maßnahmen gelingen, die sozialen Fliehkräfte einzudämmen, die in den letzten Jahren eher stärker als schwächer geworden sind? Eine überzeugende Antwort lautet seit langem für mich: bürgerschaftliches Engagement. Nur damit können wir eine vitale Bürgergesellschaft schaffen [...]“ (Steinbrück 2008: 1). Anders als Peter Sloterdijk, der die Idee aufbrachte, alle öffentlichen Ausgaben durch freiwillige Beiträge der Bürgerinnen und Bürger, also durch Spenden zu finanzieren (Sloterdijk 2010), sieht Steinbrück offenkundig ein Nebeneinander von Spenden und zwangsweise eingehobenen Steuern einerseits und von Spenden und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements andererseits. „Die Verantwortung für eine stabile und tolerante Gesellschaft, in der Würde und Freiheit nicht [...] Leerformeln sind, liegt nicht allein beim Staat. [...] Und sie liegt schon gar nicht nur bei denen, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie sind kein preiswerter sozialer Reparaturbetrieb des Staates“ (Steinbrück 2008: 3).

Nach einem Jahrhundert des europäischen Wohlfahrtsstaates, in dem der Staat tatsächlich die alleinige Gestaltungsmacht für das Wohlergehen seiner Bürgerinnen und Bürger beanspruchte und die Finanzierung im Wege der Umverteilung zwangsweise eingehobener Steuern zu bewerkstelligen suchte, lässt dies aufhorchen. Steinbrück repräsentiert freilich gewiss mit diesen Aussagen die Meinung der Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger. Aber Sloterdijks „Gedankenexperiment“ (Sloterdijk 20: 0), mit dem er „eine der wichtigsten psychopolitischen und moralischen Fragen der Zukunft“ befruchten will, ist bei aller Exzentrizität der Argumentation doch Ausdruck eines tiefer sitzenden Widerstands gegen eine pfadabhängige, 300-jährige Tradition des politischen Denkens. „Ich bin prinzipiell überzeugt, es tut den modernen Gesellschaften nicht gut, wenn man die gebende Dimension in der menschlichen Psyche kleinredet. [...] Die meisten Parteipolitiker interessieren sich sehr wenig für die Gedanken und Gefühle der Leute,

deren Geld sie ausgeben. In Steuerfragen denken sie rein etatistisch. Sie glauben an die wohlmeinende Kleptokratie, kaum anders als die Fürsten und die fiskalische Obrigkeit von einst“ (ebd.).

Das Kleinreden hat Tradition. Standpunkte wie der von Steinbrück waren und sind, sieht man von Lippenbekenntnissen und Sonntagsreden ab, Ausnahmeerscheinungen. Es erstaunt daher nicht, dass das Spenden von materiellen Werten, überwiegend Geld, in der öffentlichen Wahrnehmung in aller Regel eine Randerscheinung darstellt und allenfalls dann in das Zentrum des Interesses rückt, wenn Einzelfälle positiver oder negativer Art die Aufmerksamkeit der Medien erregen. Das Medieninteresse an zivilgesellschaftlichen Organisationen beschränkt sich nach wie vor auf Spektakuläres, Negatives und die Schnittstelle zum Staat.

(...)

Bedingt durch Erwartungen, öffentliche Diskussionen und ihre konstante Finanznot, aber auch durch das Desinteresse für andere Aspekte zivilgesellschaftlicher Tätigkeit droht die Zivilgesellschaft zum zweiten in ihrem eigenen Selbstverständnis viel zu stark von ihrer Einnahmeseite und ihrem Zwang, Spenden akquirieren zu müssen, beherrscht zu werden. Nicht, wer einen besonders innovativen Ansatz verfolgt oder ideell besonders achtunggebietend erscheint, gilt in der Regel als erfolgreich, sondern wer ein guter Fundraiser ist. Im Bereich der großen Spenden- und Wohlfahrtsorganisationen hat sich infolgedessen ein Typus von gemeinnützigen Unternehmern herausgebildet, für den sich das Verhältnis zwischen sozialem und materiellem Lohn ganz anders darstellt, als dies von Unbeteiligten vermutet wird. Das durch erfolgreiches Spendensammeln erworbene Ansehen lässt Personen zu Protagonisten zivilgesellschaftlichen Handelns aufsteigen, die weder in der Bereitstellung von Dienstleistungen, noch gar in der Ausübung von Anwalts- oder Wächterfunktionen für öffentlich diskutierte Themen eine besondere Qualifikation nachweisen können. Berühmte Beispiele dafür sind sogenannte „Charity-“ oder „Benefiz-Ladies“, prominente Damen oder Ehefrauen prominenter Männer, die sich „in den Dienst der guten Sache stellen.“ (Walterskirchen 200: 2)

Schließlich werden Vertrauen und Vertrauensverlust vielfach öffentlich thematisiert. Grundsätzlichem Misstrauen, etwa gegen große Organisationen, die angeblich einen viel zu hohen Teil der Spenden für deren Verwaltung verwenden, steht ein erheblicher, oft durch nichts belegter Vertrauensvorschuss für medial vermittelte Aktionen gegenüber, der durch prominente, aber mit der Thematik oft kaum befasste Vertrauenspersonen weiter gesteigert wird. Eine nüchterne, vergleichende Analyse von Tätigkeitsberichten findet dagegen kaum statt; ihre Vorlage wird nicht einmal eingefordert. Transparenzinitiativen gehen dementsprechend von Insidern, nicht von Wächterorganisationen, Medien oder Politikern aus.

Gegenstände der Debatte

Größere Diskurse, die im Zusammenhang mit dem Spenden anstehen, werden in der Öffentlichkeit schon deswegen klischeehaft und vorurteilsbeladen geführt, weil diese in der Wissenschaft außerhalb eines begrenzten Kreises von auf dieses Thema spezialisierten Forschern kaum angekommen sind. Zivilgesellschafts-, Engagement- oder Spendenforschung sind Spezialgebiete, die vom wissenschaftlichen Mainstream kaum rezipiert werden. So stimmen Ökonomen gern pauschal das Lied der Verschwendung von Spendengeldern an, obwohl ihnen beispielsweise die Thematik des optimalen Ressourceneinsatzes ebenso vertraut sein sollte wie der hierzu notwendige Bedarf an Planungs-, Ausbildungs- und Steuerungsmitteln. Dass auch in der Verteilung von Spendengeldern Transaktionsmaßnahmen zwar einen Teil des Ertrags verbrauchen, die Effektivität aber auch deutlich verbessern können, ist schon hier kaum erkannt.

Nimmt man die über Jahrzehnte von den Organisationen selbst geführte Argumentation hinzu, alle Spenden würden ohne Abzug Bedürftigen zufließen, wundert es nicht, dass es der Öffentlichkeit fast nicht vermittelbar ist, dass Spenden, wenn sie sinnvoll eingesetzt werden sollen, eben nicht zu 100% direkt – was immer das heißen mag – den bedürftigen Letztempfängern zufließen dürfen, sondern dass ein nicht unerheblicher Anteil für Organisationsentwicklung, Ausbildung, Einsatz- und Projektplanung usw. verwendet werden muss, um die langfristige Effektivität des Spendens sicherzustellen.

Ebenso wenig wird verstanden, dass etwa nach Naturkatastrophen Hunderte von Millionen Euro nicht innerhalb von Tagen oder wenigen Wochen abfließen können – ja, dass es eigentlich sinnvoller wäre, Soforthilfe aus einem bereits vorhandenen Fonds zu finanzieren und Wiederaufbauhilfe strategisch und langsam zu leisten. (...)

Dass es zwischen dem Spenden von Empathie, Ideen, Geld und Zeit wichtige Zusammenhänge gibt, wird nach wie vor zu wenig gesehen. Messen, aggregieren und argumentativ verwerten lässt sich im Wesentlichen nur das Schenken von Zeit und Geld (s. Sprengel/Strachwitz 2008). (...)

Verändert hat sich auch die Motivation. Wie sich empirisch gut zeigen lässt, lässt diese sich heute mit Begriffen wie Lebenslanges Lernen, Selbstverwirklichung, aber auch Betroffenheit und Altruismus abgreifen, auch wenn traditionelle, etwa christliche Motive ihre Bedeutung ebenso wenig verloren haben wie die Suche nach Wahrheiten, Solidarität und Humanität. Als nationale Pflicht oder gar Ehre würde hingegen kaum jemand mehr sein Engagement begründen wollen, sieht man einmal von dem Erfolg punktueller Überredungskünste ab. Dies entspricht der weder aufhaltbaren noch steuerbaren Ausdifferenzierung unserer Gesellschaft, dem fast uneingeschränkten Konsens über Toleranz, Respekt und Pluralismus, der Suche nach selbst definierten Gemeinschaften, der Abkehr von Volk und Nation im

traditionellen Sinn und letztlich der Attraktivität von Freiwilligkeit, Selbstermächtigung und Selbstorganisation.

All dies bedeutet nicht, dass das Spenden von Geld in seiner Attraktivität gefährdet ist. Vielmehr kreist die Debatte heute um die Schnittmengen verschiedener Optionen. Doch sorgt der niedrige empirische Erkenntnisstand zum Spendenwesen nach wie vor dafür, dass der Diskurs darüber auf niedrigem Niveau stattfindet. (...)

Ein herausragender Gegenstand der Debatte ist das Verhältnis zwischen einer ökonomischen Funktion des Spendens und anderer freiwilliger Beiträge zum gemeinen Wohl einerseits und ihrer auf Alexis de Tocqueville zurückgehenden Auffassung von der sozialintegrativen und partizipatorischen Funktion. Robert Putnam griff diese Argumentation 1993 erneut auf, als er, gestützt auf Ergebnisse empirischer Untersuchungen, den Zusammenhang zwischen zivilgesellschaftlichem Handeln und Vertrauen analysierte und zum Hauptargument seiner Theorie des Sozialkapitals machte (...)

Der gesetzliche Rahmen

(...) Der säkulare Verfassungsstaat kann sich durchaus auf den Standpunkt stellen, das Spenden gehöre zu den Bereichen gesellschaftlichen Lebens, die dem Staat nicht zur Gestaltung oder Verwaltung überantwortet sind. Wer spendet, so setzt sich dieses Argument fort, tut dies aus religiösen, humanistischen, persönlichen oder sonstigen privaten Motiven. Es könne demnach nicht Aufgabe des Staates sein, dies zu fördern oder zu verhindern.

Einige, auch europäische Staaten folgen dieser Argumentation. So sind beispielsweise in Finnland Spenden nicht steuerlich absetzbar. Andere Regierungen, z.B. die norwegische, denken darüber nach, diesem Beispiel zu folgen, weil sie es als inzwischen für zu schwierig erachten, eine sachgemäße Verwendung von Spendenmitteln zu prüfen, während sie sich andererseits wegen des durch die Absetzbarkeit in diesen Spenden anteilig enthaltenen, durch Aufkommensverzicht entstandenen öffentlichen Mitteln, hierzu verpflichtet fühlen. Der deutsche Gesetzgeber hat sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts überwiegend, wenn auch mit einigen Ausnahmen (etwa in der Zeit des Nationalsozialismus oder in der DDR) dem Grundsatz verpflichtet gefühlt, dass das Spenden von materiellen Werten mit steuerlichen Anreizen gefördert werden sollte¹. Es ist nicht zu übersehen, dass das

¹ Innerhalb der Europäischen Union bestehen z. Zt. sechs grundsätzlich unterschiedliche Systeme der steuerlichen Berücksichtigung von Spenden (Strachwitz u.a. 2005: 26):

- Abzug vom steuerpflichtigen Einkommen (z.B. Deutschland),
- Abzug von der Steuerschuld (z.B. Frankreich),
- Zuschlag auf die Nettospende aus dem Steueraufkommen anhand der Steuerpflicht des Spenders (z.B. Großbritannien),
- Möglichkeit der Zweckbindung von Steueranteilen zugunsten von anerkannten zivilgesellschaftlichen Organisationen (z.B. Italien, Ungarn),
- keine Abzugsmöglichkeit (z.B. Finnland),
- Besteuerung von Spenden (z.B. Griechenland).

Spenden heute in einen außerordentlich engen Zusammenhang mit diesem Anreizsystem gebracht wird. (...)

Bei der Beurteilung der Frage, ob eine Organisation in dem Maße dem allgemeinen Wohl dient, dass es gerechtfertigt erscheint, Spendern steuerliche Vorteile einzuräumen, stellt die deutsche Gesetzgebung auf die von dieser Organisation verfolgten Zwecke ab. Ähnlich verfahren die meisten anderen Staaten, obwohl die Beurteilung im Einzelnen oft schwierig erscheint. Die Beurteilung nach anderen Kriterien wäre in manchem klarer. So ist zum Beispiel der sog. nonprofit constraint, das heißt das absolute Verbot, Überschüsse an Mitglieder, Eigentümer, Mitarbeiter usw. auszuschütten, eine Unterscheidung, die leichter zu treffen ist (Strachwitz u.a. 2005: 2 f.). Bleibt man aber bei den Zwecken als wesentliches Kriterium, müssen diese systematisch und nachvollziehbar aufgelistet werden. (...)

Die Liste gemeinnütziger Zwecke in der Abgabenordnung, die erst 2007 geringfügig überarbeitet und an neuer Stelle in die Abgabenordnung eingefügt wurde, offenbart den Mangel an Systematik in eklatanter Weise, auf den schon der Abschlussbericht der Enquete-Kommission eindringlich hingewiesen hatte (Enquete-Kommission 2002: 630). Langfristige und theoretisch fundierte Bezugspunkte einer Spendenpolitik fehlen vollständig. Wie gering das Interesse ist, hieran etwas zu ändern, zeigt beispielsweise, dass eine Entscheidung des Bundesfinanzhofs von 1978(!), wonach auch die Förderung der Friedhofskultur einen gemeinnützigen Zweck darstellt, bis heute nicht in die Liste eingearbeitet wurde.²

Versucht man, diese Liste ohne Abzüge oder Hinzufügungen systematisch zu ordnen, ergibt sich folgendes Bild:

Tabelle 2: Gemeinnützige Zwecke (Versuch einer Systematisierung)

Religion	für religiöse Zwecke für kirchliche Zwecke
Menschenrechte, Bürgerrechte, Grundrechte	für das bürgerschaftliche Engagement, für das demokratische Staatswesen, für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen, für den Schutz von Ehe und Familie, für den Verbraucherschutz, für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte, für Flüchtlinge,

² BFH v. 4. 2. 978 – I R 22/76 (BStBl 979 II, S. 49).

	für die Opfer von Straftaten,
Kultur	für Kunst, Kultur und Denkmalpflege, für Heimat- und Brauchtumpflege, für Toleranz auf allen Gebieten der Kultur,
Soziale Zwecke	für soziale Zwecke, für die Jugendhilfe, für die Altenhilfe, für das Gesundheitswesen, für den Katastrophen- und Zivilschutz,
Sport	für den Sport,
Bildung, Wissenschaft	für Wissenschaft und Forschung, für Bildung, Ausbildung und Erziehung,
Transnationale Ziele	für eine internationale Gesinnung, für die Völkerverständigung, für die Entwicklungszusammenarbeit,
Natur, Umwelt	für den Natur- und Umweltschutz, für den Tierschutz, für Tierzucht und Pflanzenzucht.

Zusammenstellung d. Verf.

Auch dieses System enthält jedoch noch keinen Ansatz für eine Beurteilung, was eigentlich aus Sicht der Politik spendenwürdig erscheint und wofür möglicherweise steuerliche Anreize gewährt werden sollten. (...)

In der politischen Diskussion der Jahre 2009 und 2010 spielt vor allem die Frage eine Rolle, wie die Attraktivität von Zeit- und Geldspenden zugunsten von sozialen Dienstleistungen erhöht werden kann. Deren Finanzierung steht dabei im Mittelpunkt der Überlegungen. Die zweite Ebene der Effekte des Spendens, d.h. etwa die Schaffung von Voraussetzungen für bürgerschaftliches Engagement, die demokratiefördernde Wirkung von selbst ermächtigtem Handeln oder die Einforderung oder Verteidigung von Werten, auf die Clinton (2008, 86) Bezug nimmt, wird hierbei kaum in den Blick genommen. Eine dritte Ebene der gesellschaftspolitischen Aspekte von bürgerschaftlichem Engagement wie Inklusion, Integration, Partizipation, Demokratieentwicklung oder Herstellung von sozialem Kapital (Putnam 200), die angesichts der Herausforderungen, vor der moderne

Gesellschaften stehen, höherrangig, aber angesichts des fiskalischen und materiellen Drucks auf die Organisationen ohnehin sehr schwer durchsetzbar erscheinen (Braun 2009, 85f.), wird ebensowenig durch fiskalpolitische Maßnahmen begünstigt.

Politik und Verwaltung handeln, so ist zu folgern, was Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft betrifft, nach fiskalischen, etatistischen oder Klientelinteressen, oft auch nach einem undurchschaubaren Geflecht zwischen diesen und haben an einer politischen Neujustierung dieses Aspekts der gesellschaftlichen Realität kein Interesse.

(...)

Dem Bürger fehlt genau das moderne, zivilgesellschaftlich orientierte Kriteriengerüst für sein persönliches Spenden, das er vielfach erwartet, wenn er die von der Finanzverwaltung bescheinigte Gemeinnützigkeit zum Maßstab seines Spendenverhaltens macht. Ob die Finanzverwaltung auf Grund ihrer Aufgabenstellung überhaupt die richtige Stelle ist, um in dieser Weise gestalterisch zu intervenieren, muss angesichts der konservativen und pfadabhängigen Entwicklung der Liste steuerbegünstigter Zwecke bezweifelt werden. Insofern ist von einem typischen Fall des Staatsversagens zu sprechen.

Die Forschungsagenda

Von der Forderung des zakat (2,5% des Vermögens im Jahr) oder dem biblischen Zehnten (0% des Einkommens) ist das Spendenverhalten der deutschen Durchschnittsbürger weit entfernt. Es liegt schätzungsweise bei 0,3 % des Einkommens unter Einschluss der Spenden an religiöse Organisationen (Reimer 2006: 44). Ob dies, wie oft behauptet wird, an der gegenüber biblischen Verhältnissen in der Tat hohen Steuerlast liegt, ist wenig erforscht. Internationale Vergleichszahlen stützen diese Argumentation nicht in vollem Umfang (Bosch 2007: 37).

(...)

Die Bundesregierung redet seit 998 viel vom Spenden und bürgerschaftlichen Engagement. Zunehmend scheint es ihr aber darum zu gehen, durch freiwillige Beiträge das Defizit auszugleichen, das zur Deckung der Ausgaben angeblich benötigt wird und durch Steuern nicht mehr hereinzuholen ist. Dieser Versuch ist schon wegen der Dimensionen, um die es geht, zum Scheitern verurteilt. Was sich hingegen im Spenden tatsächlich ausdrückt, woher sich der Impuls dazu speist und auf was es letztlich abzielt, ist bislang nur ansatzweise erforscht.

Der einhelligen Forderung der Wissenschaft nach Erarbeitung rationaler Kriterien für Spendenentscheidungen, insbesondere einer vollständigen öffentlichen Rechenschaftslegung, stehen Berichte erfolgreicher Spendenorganisationen gegenüber, dass nach wie vor irrationale, emotionale Motive im Vordergrund stehen.

Sachlich inkompetente, aber medial positiv besetzte Prominente seien sogar noch zugkräftiger als im Bild dargestellte Betroffene. Tiefergehende Analysen erscheinen notwendig, zumal in typischen Empfängerländern internationaler Hilfe die Darstellung von Betroffenen als Marketing-Instrument zur Spendeneinwerbung zunehmend scharf als Herabwürdigung der dargestellten Personen kritisiert wird. (...)

Ausblick

(...)

Seit den 1960er Jahren sind Initiativen, die für eine Sache eintreten, im politischen Leben immer präsenter geworden. Das Umweltthema manifestierte sich zunächst ausschließlich zivilgesellschaftlich, Kultur und vieles andere bekam zivilgesellschaftliche Konnotationen. Aus der öffentlichen Auseinandersetzung um Menschen- und Bürgerrechte oder nachhaltige Entwicklung sind die Nicht-Regierungsorganisationen als freiwillige zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse nicht mehr wegzudenken. Sie sind längst zu akzeptierten, ob ihrer Sachkenntnis gesuchten Gesprächspartnern geworden.

In Mittel- und Osteuropa, auch in Ostdeutschland, ist der Beweis erbracht worden, dass auch unter widrigsten Umständen selbst-organisiertes Engagement für die Gesellschaft von durchschlagendem Erfolg gekrönt sein kann. Bis heute wird weithin unterschätzt, welche Bedeutung diese Entwicklung einer antistaatlichen Zivilgesellschaft für die historischen Veränderungen in Mittel- und Osteuropa einerseits und für die Entwicklung des Konzepts einer dritten Arena gehabt hat. Dennoch: Seit 1989 hat auch der öffentliche Diskurs über den Wert des Engagements, über die Bedeutung einer Zivilgesellschaft in ihrer allgemein politischen Dimension zugenommen. Aus diesem Diskurs kann das Spenden von Geld nicht isoliert werden.

Am Engagement wird besonders deutlich, dass materielles Entgelt keine entscheidende Bedeutung hat. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hat die Enquete-Kommission Bürgerschaftliches Engagement den vielen Vorschlägen für materielle Engagement-Anreize, die von den Funktionären der Verbände vorgetragen wurden, übereinstimmend im Wesentlichen eine klare Absage erteilt. Das Geben folgt, wie man hier besonders klar, wie man aber auch an vielen ganz anders gelagerten Beispielen sehen kann, eben doch einer anderen intrinsischen Logik und bleibt eben deshalb für die Gesellschaft unverzichtbar. Freiwilligkeit einerseits, die Erwartung sozialen Lohns, und zwar gerade nicht in Form von Anerkennungen staatlicher Amtsträger, sondern in der Form des Erlebnisses von Veränderung andererseits, scheinen wichtige Anreize zum Schenken zu sein. Und neben der Suche nach Sinnerfüllung, nach persönlicher Entwicklung stehen Dabei-Sein und Mitmachen-Dürfen, also Inklusion und Partizipation, oben an. Schenken hat heute mit Gestalten zu tun. Daraus wird die partizipative Dimension des bürgerschaftlichen Engagements deutlich, ebenso, dass dieses weder in den traditionellen sogenannten

Vorfeldorganisationen, vor allem den Parteien und Gewerkschaften befriedigen und sich nicht primär an den Staat heranziehen lässt; als Vorhof der Politik ist es nicht wesentlich zu aktivieren. Dass andererseits der homo oeconomicus tot ist, ist bekannt. Social Responsibility, sei es von Bürgern oder Unternehmen, ist dementsprechend nicht notwendigerweise ein sinnleerer Begriff aus dem Vokabular der Öffentlichkeitsarbeit oder politischen Rhetorik, sondern kann Ausdruck ganzheitlicher Überlegungen zur Ausstrahlung und zum Arbeiten des Menschen in den drei Arenen gesellschaftlichen Handelns sein. Projizieren wir die Entwicklung der letzten Jahrzehnte in die Zukunft, so bedarf es kaum prophetischer Gaben, um ein weiteres Wachsen der Bedeutung dieser Dimension von Geben zu prognostizieren. Markt- und Staatsversagen werden angesichts immer komplexerer Herausforderungen nicht beseitigt werden, sondern voraussichtlich exponentiell zunehmen. Die modernen Kommunikationsinstrumente begünstigen das Entstehen von und das Handeln in barrierefreien Netzwerken, die sich um althergebrachte Begrenzungen nicht kümmern. Kreativität, eine der wesentlichen Gaben bürgerschaftlichen Engagements, wird in fast unbegrenzter Menge benötigt, um die Herausforderungen zu meistern. Diese Kreativität entsteht primär bei Individuen, nicht bei Organisationen, während andererseits das Individuum zu seiner Verwirklichung selbst identifizierter anderer Individuen bedarf. Die Gabe der Empathie erscheint als wirksamste Methode, der über alle Maßen ausufernden Ausübung von Gewalt über Menschen – besonders im Sinne von administrativer Regulierung – Herr zu werden. Der Welt des Gebens, des Schenkens steht daher durchaus eine Zukunft bevor – eine Zukunft mit Konflikten und Diskursen um das rechte Maß, die rechte Form, den rechten Geist, den rechten Ausdruck, aber in jedem Fall eine Zukunft mit großer Kraft und Wirkung.

Rupert Graf Strachwitz ist seit mehr als 30 Jahren ehren- und hauptamtlich, praktisch, beratend, forschend und lehrend mit dem gemeinnützigen Bereich beschäftigt. 1989 gründete er die Maecenata Management GmbH, München, als spezialisierte Dienstleistungs- und Beratungsgesellschaft für diesen Bereich. 1997 wurde er auch Direktor des heutigen Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt Universität zu Berlin.

Kontakt: rs@maecenata.eu